Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
11.01.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142245

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Donnerstag, 13.12.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018 - öffentlicher Teil**
0422/2018

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5 **Vorlagen mit Stellenplanrelevanz und Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2019/2020**

5.1 **Zusätzliche Haushaltssicherungsmaßnahme Know-How in steuerrelevanten Sachverhalten**
0491/2018

5.2 **Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle**
0282/2018

5.3 **Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2019/2020**
0410/2018

6 **Teilhaushalte 2018 in der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses**
6.1 **Haushalt 2019/2020 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130**
0409/2018

6.2 **Haushalt 2019/2020 - Änderungsliste zum Teilhaushalt FB 3**
0421/2018

7 **Gesamthaushalt 2019/2020**
0523/2018

8 **Haushaltsbegleitbeschluss**
0504/2018

9 **Jahresabschluss 2017 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
0389/2018

10 **Jahresabschluss 2017 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
0517/2018

11 **Wirtschaftsplan 2018 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
0447/2018

12 **Wirtschaftsplan 2019 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0465/2018

13 **Beendigung der mobilen Bürgerdienste durch das Bürgerbüro der Stadt Bergisch Gladbach**
0387/2018

14 **Antrag des Jugendamtselternbeirats auf Bereitstellung eines Budgets**
0490/2018

15 **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
0455/2018

16 **Anträge der Fraktionen**
16.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 10.09.2018 Initiative Vereinssport - Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger**
0483/2018

16.2 **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Honorare der freiberuflichen Musikschullehrerinnen und –lehrer“**
0534/2018 und 0534/2018/1

16.3 **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Jedem eine Chance geben - Bergisch Gladbach nutzt die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit!“**
0531/2018 und 0531/2018/1

16.4 **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Machbarkeitsstudie Cargo Cap“**
0536/2018 und 0536/2018/1

16.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Essbares Bergisch Gladbach“
0535/2018

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode und stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die Sitzung hätten sich Herr Buchen, Herr Höring (beide CDU-Fraktion) und Herr Kreutz (SPD-Fraktion) entschuldigt, die durch Herrn Kühl, Herrn Wagner (beide CDU-Fraktion) und Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) vertreten würden. Zudem sei Herr Schütz nicht anwesend. Herr Orth (SPD-Fraktion) nimmt ab 17:08 Uhr und Herr Klein (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) nimmt ab 17:10 Uhr an der Sitzung teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Urbach:

Die Einladung vom 29.11.2018 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie

die Beratungsergebnisse der vorberatenden Ausschüsse, die nach Versand der Sitzungseinladung tagten, zu den Tagesordnungspunkten Ö 7, Ö 14, Ö 15, Ö 16.1 und N 8 der heutigen Sitzung als Tischvorlage,

ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zu der Vorlage Nr. 0282/2018 - Einrichtung einer kommunalen Vergabestelle (TOP Ö 5.2),

ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Vorlagen Nr. 0410/2018 – Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2019/2020 (TOP Ö 5.3) und Nr. 0523/2018 – Gesamthaushalt 2019/2020 (TOP Ö 7),

ein gemeinsamer schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu den Vorlagen Nr. 0410/2018 – Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2019/2020 (TOP Ö 5.3) und Nr. 0523/2018 – Gesamthaushalt 2019/2020 (TOP Ö 7),

die aktualisierte Vorlagenversion Nr. 0534/2018/1 mit einer Stellungnahme der Verwaltung zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Honorare der freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer“ (TOP Ö 16.2) als Tischvorlage,

die aktualisierte Vorlagenversion Nr. 0531/2018/1 mit einer Stellungnahme der Verwaltung zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Jedem eine Chance geben - Bergisch Gladbach nutzt die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit!“ (TOP Ö 16.3) als Tischvorlage,

die aktualisierte Vorlagenversion Nr. 0536/2018/1 mit einer Stellungnahme der Verwaltung zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Machbarkeitsstudie Cargo Cap“ (TOP Ö 16.4) als Tischvorlage sowie

die in den Vorlagen Nr. 0415/2018 und 0416/2018 angekündigte Stellungnahme des Kreisbrandmeisters zur Ernennung des Leiters und des stellvertretenden Leiters der freiwilligen Feuerwehr (TOPe N 9 und N 10) als Tischvorlage.

Herr Urbach schlägt vor, die Anträge der Fraktionen (TOPe Ö 16.1 bis Ö 16.5) unter dem TOP Ö 7 – Gesamthaushalt 2019/2020 – zu beraten.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Vorlagen Nr. 0483/2018, 0534/2018/1, 0531/2018/1, 0536/2018/1 und 0535/2018 (Tagesordnungspunkte Ö 16.1 bis Ö 16.5) werden unter Tagesordnungspunkt Ö 7 - Gesamthaushalt 2019/2020 – beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018 - öffentlicher Teil

0422/2018

Herr Urbach führt aus, die Beantwortung der Anfrage Herrn Kleins zum Sozialen Wohnungsbau sei zwischenzeitlich erfolgt. Das Schreiben werde der Niederschrift über die heutige Sitzung als Anlage beigefügt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage und die mündlich vorgetragene Ergänzung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Vorlagen mit Stellenplanrelevanz und Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2019/2020

5.1 Zusätzliche Haushaltssicherungsmaßnahme Know-How in steuerrelevanten Sachverhalten

0491/2018

Herrn Krell erschließt sich die Begründung für diese zusätzliche Stelle nicht. Die Eintreibung der Gewerbesteuer falle in die Zuständigkeit der Finanzverwaltung und er erkenne nicht, warum die Stadt Bergisch Gladbach parallel zur Finanzverwaltung eine weitere Aktivität entwickeln solle. Zudem erscheine ihm die Aufgabe „Klärung von Fragen in der Änderung der Umsatzbesteuerung“ eher als Projektarbeit, denn als dauerhafte Aufgabe. Die FDP-Fraktion lehne den Beschlussvorschlag daher ab.

Herr Urbach ergänzt, die Finanzämter würden nicht mit großer Intensität die genaue Zerlegung der Gewerbesteuer verfolgen, da sie an die Kommunen fließe. Neu sei, dass an Gesprächen über die Frage, wie die Gewerbesteuer zerlegt werde, Vertreter der Kommunen teilnehmen könnten. Es sei also im Interesse der Stadt Bergisch Gladbach, die Gestaltungsspielräume der Gewerbesteuerpflichtigen betreffend die Zerlegung der Gewerbesteuer fachkundig zu bewerten.

Herr Stein ergänzt, dies sei in vielen Städten ständige Praxis, da sich die Finanzämter eher auf die Festlegung der Gewerbesteuermessbeträge der Unternehmen konzentrieren würden. Auch in Bergisch Gladbach gebe es viele Unternehmen, die mehrere Betriebsstätten unterhielten. Betreffend die Umsatzsteuerpflicht sei mit Wegfall der Optionsmöglichkeit im Jahr 2021 das neue Recht anzuwenden und hierfür sei viel Vorbereitungsarbeit zu leisten, die durchaus einen Projektcharakter

habe – andererseits habe das Thema „tax compliance“ in den vergangenen Jahren enorm an - insbesondere haftungsrechtlicher - Bedeutung gewonnen. Das Bundesministerium für Finanzen habe die Städte auf ihre diesbezügliche Organisationsverantwortung hingewiesen. Der Tatbestand der leichtfertigen Steuerverkürzung sei bereits erfüllt, wenn Führungskräfte der Verwaltung ihren Organisationsverpflichtungen nicht nachkämen, indem sie kein Fachpersonal vorhielten. Solche Expertise dauerhaft extern einkaufen zu müssen, wäre auf Dauer teurer, als entsprechendes Fachpersonal einzustellen.

Frau Schundau fragt, inwiefern die Mehrerträge über die Kosten der neuen Stelle hinausgehen würden. Dies werde in der Vorlage ohne konkrete Zahlen angeführt. An anderer Stelle werde beschrieben, die Stelle könne kostenneutral über die Änderungsliste veranschlagt werden.

Herr Stein antwortet, die Verwaltung sei sich sehr sicher, dass sich die Stelle refinanzieren und optimistisch, dass sogar ein positiver Saldo generiert werde, wolle aber die Erfolge abwarten, ohne konkrete Zahlen zu benennen.

Herr Krell entgegnet, es gebe in der Stadt Bergisch Gladbach keine großen Konzerne mit einer komplexen Gewerbesteuerzerlegung wie z.B. in den Städten Bonn und Leverkusen. Es sei ihm daher nicht ersichtlich, weshalb eine Vollzeitstelle eingerichtet werden müsse.

Herr Kleine weist darauf hin, man könnte an Hand der Ausführungen Herrn Krells annehmen, dass dieser es billigend in Kauf nehme, dass die Verwaltungsspitze wegen steuerrechtlicher Straftatbestände belangt werden könnte. Dies wolle die SPD-Fraktion vermeiden und stimme der Vorlage daher zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Bürgermeister, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Einrichtung einer neuen Stelle im Stellenplan 2019 für einen Dipl. Finanzwirt zur Erhöhung der Gewerbesteuererträge und zur Aufwandsreduzierung bei externen Beraterleistungen in Steuerfragen wird zugestimmt.

5.2 Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle

0282/2018

Herr Urbach weist darauf hin, zu diesem TOP liege dem Haupt- und Finanzausschuss ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vor. Variante 1 des Antrages entspreche dem Antrag der Fraktion, der in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 18.12.2018 aufgenommen worden sei. Die Verwaltung empfehle aus den in der Vorlage Nr. 0541/2018 dargestellten Gründen, Variante 1 des Antrages abzulehnen, insbesondere weil die Stadt Bergisch Gladbach über eine eigene Vergabestelle verfügen sollte. Die Varianten 2 und 3 des Antrages, eine eigene zentrale Vergabestelle einzurichten bzw. dies abzulehnen, entsprächen dem bereits seit September zur Entscheidung stehenden Vorschlag der Verwaltung, eine eigene zentrale Vergabestelle einzurichten. Er bitte daher die Antragstellerin um Darstellung, inwiefern ich die Varianten 2 und 3 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL von dem bereits seit Ende September vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung unterschieden, also aus welchem Grunde er die Varianten 2 und 3 des Antrages zur Abstimmung stellen solle, da sie aus seiner Sicht mit dem seit Monaten vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung übereinstimmen würden und deshalb nicht als Änderungsanträge zu werten seien.

Herr Klein fragt, wieso der Bürgermeister die Auffassung vertrete, dass die Alternativen 2 und 3 des Änderungsantrages dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprächen.

Herr Urbach antwortet, dies sei aus seiner Sicht der Fall. Er stellt Alternative 1 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Abstimmung:

1. **Der Rat beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept zur Einführung einer zentralen kommunalen Vergabestelle zu erstellen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.**
2. **Der Rat beauftragt den Bürgermeister, außerdem gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis Gespräche zur Einrichtung einer zentralen kommunalen Vergabestelle zu führen und dem Ausschuss zeitnah über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten.**

Für die vorstehend wiedergegebene Variante 1 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL stimmt DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Ab dem Haushaltsjahr 2019 wird bei der Stadt Bergisch Gladbach eine Zentrale Vergabestelle eingerichtet.**
2. **Die Produktgruppe 01.600 – Zentrale Submissionsstelle wird aufgelöst.**
3. **Die Zentrale Vergabestelle wird in die Produktgruppe 01.300 – Recht integriert.**

5.3 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2019/2020

0410/2018

Herr Urbach erläutert, die Veränderungen des Stellenplanes für 2019 und 2020 ergäben sich aus den in der Vorlage dargestellten Beschlussvorschlägen. Diese enthielten:

1. Stellenveränderungen – Beschäftigtenstellen
2. Stellenveränderungen – Beamtenstellen
3. Stellenverlagerungen
4. Vermerke
5. Neue und wegfallende Stellen

Der Personalrat habe den Entwurf des Stellenplanes beraten und Stellungnahmen abgegeben, die der Vorlage beigefügt seien.

Er frage zunächst die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, ob es richtig sei, dass gemäß ihrem Antrag 3,5 Stellen für die Musikschule ab dem Jahr 2020 im Beschlussvorschlag berücksichtigt werden sollen.

Da dies wird von den betreffenden Fraktionen bejaht wird, weist Herr Urbach darauf hin, dass diese Änderung des Beschlussvorschlages bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen sei.

Zudem lägen dem Haupt- und Finanzausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vor, die er nacheinander zur Abstimmung stellen werde.

Frau Schundau erläutert betreffend die von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragte Streichung der im Entwurf des Stellenplans vorgesehenen zusätzlichen Stelle „Baulandmanagement“ (6-62), die Beschreibung des Aufgabenbereiches der Stelle stimme nicht mit deren Bezeichnung überein - unter „Baulandmanagement“ verstehe man etwas anderes, nämlich die Abschöpfung eines Mehrwertes eines bebaubaren Grundstückes durch die Kommune.

Herr Flügge antwortet, die Stadt verfolge das Ziel, das Thema Baulandmanagement im Rahmen des Zehn-Punkte-Planes und diesbezüglich insbesondere die Versorgung des Wohnungsmarktes aktiv zu begleiten, was mit dem derzeitigen Personalbestand nicht möglich sei. Dabei sollten Bedarfe der unterschiedlichen Nachfragegruppen ermittelt werden, um diese danach möglichst be-

dienen zu können. Dabei könnte es auch eine Option sein, vorlaufend in den Grunderwerb einzusteigen.

Herr Dr. Metten ergänzt, die CDU-Fraktion halte die Einrichtung dieser Stelle nach dem Beschluss des Flächennutzungsplanes für notwendig, um diesen umzusetzen.

Herr Urbach stellt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung:

1. **Die vom Rat am 09.10.2018 einstimmig beschlossene Erhöhung des Stundensatzes um 5 EUR für die Honorarlehrer der Musikschule soll zum 01.01.2019 umgesetzt werden. Diese Maßnahme kann durch Streichung der Korridorleistung Stadtmarketing, Produktgruppe 010131 kompensiert werden.**
2. **Die halbe Stelle Sachbearbeitung Stadtmarketing/Heimatförderung BM-130 wird nicht geschaffen.**
3. **Von den insgesamt für 2019 und 2020 vorgesehenen drei Stellen im Bereich Stadtentwicklung/Kommunale Verkehrsplanung VV II-2 werden mindestens zwei Stellen mit einer/einem Mobilitätsmanager/in in der Spezialisierung ÖPNV/Rad-/Fußverkehr besetzt.**
4. **Von den vier geplanten Stadtwächterstellen 3-32 werden mindestens zwei Stellen mit Sozialarbeitern/Streetworkern besetzt.**
5. **Die neue Stelle Baulandmanagement 6-62 wird gestrichen.**
6. **Die zusätzliche Stelle 8-6731 Friedhofsgärtner/in wird nur dann eingerichtet, wenn hier eine einhundertprozentige Förderung im Rahmen des Teilhabe-Chancengesetzes möglich ist.**
7. **Es wird eine Produktgruppe Klimavorsorgemaßnahmen eingeführt. Dafür wird die Schaffung einer Stelle Klimamanagement erforderlich und soll entsprechend geschaffen werden.**

Für den vorstehend wiedergegebenen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Bei Enthaltung von mitterechts wird der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Metten weist darauf hin, die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion hätten jede von der Verwaltung vorgeschlagene neue Stelle einzeln beraten, woraus sich der vorliegende gemeinsame Änderungsantrag ergeben hätte. Damit sei ein Weg gefunden worden, dass die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben durch die Verwaltung bewerkstelligt werden könne und gleichzeitig die Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Auge verloren werde.

Herr Waldschmidt ergänzt, auch die SPD-Fraktion habe sich kritisch mit den vorgeschlagenen Stellenmehrungen befasst und erkenne, dass es in der Verwaltung erhebliche Belastungen - etwa 30.000 Krankheitstage und einen erheblichen Überstundenbestand - gebe und dass für die Bürgerinnen und Bürger eine zuverlässige Verwaltung gewährleistet werden müsse, was die Einrichtung der neuen Stellen notwendig mache – allenfalls die im Änderungsantrag aufgeführten Stellen sollten nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt eingerichtet werden.

Herr Klein entgegnet, der Änderungsantrag sehe im Wesentlichen zeitliche Verschiebungen anerkannt notwendig einzurichtender neuer Stellen vor. So habe der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle empfohlen, wofür CDU-Fraktion und SPD-Fraktion nun erst ab dem Jahr 2021 Stellen einrichten wollten, obwohl es sich hierbei um eine rentierliche Maßnahme handele. Es sei auch nicht ersichtlich, warum nicht künftig alle Musikschullehrerinnen und –lehrer nicht mehr auf Honorarbasis beschäftigt werden sollen. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL werde dem Änderungsantrag daher nicht zustimmen.

Herr Dr. Metten antwortet, der Rat müsse die Haushaltskonsolidierung im Auge behalten und daher auch Wünschenswertes zeitlich verschieben.

Herr Krell zeigt sich überrascht über den Antrag, die Einrichtung von drei Stellen für die zentrale Vergabestelle in das Jahr 2021 zu verschieben. Die zeitnahe Stellenschaffung sei aus seiner Sicht

kurzfristig nötig. Er frage sich zudem, in welchem Maße in anderen Organisationseinheiten Personal abgebaut werden könnte, wenn eine zentrale Vergabestelle eingerichtet würde.

Herr Urbach antwortet, dann werde endlich ein Überstundenabbau möglich sein, was dringend nötig sei. Ursprünglich seien für die zentrale Vergabestelle sieben Vollzeitstellen vorgesehen gewesen – nun würden drei Stellen vorgeschlagen. Die Aufgabe werde derzeit dezentral mit Stellenanteilen in den betreffenden Fachbereichen wahrgenommen.

Herr Klein entgegnet auf die Ausführungen Herrn Dr. Mettens, die CDU-Fraktion sei für die aktuelle Haushaltssituation verantwortlich. Beispielhaft benenne er die Weigerungshaltung der CDU-Fraktion, für den Parkplatz der Eissporthalle, der von betuchten Besucherinnen und Besuchern des Mediterana genutzt werde, Gebühren zu erheben.

Herr Urbach stellt den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Orga-Einheit Stellen-Nr.	**Bezeichnung**	**Maßnahme**
VV II-2	**Strategische Verkehrsplanung**	**eine Stelle von 2020 nach 2019 vorziehen, somit zwei Stellen in 2019**
3-30	**Zentrale Vergabestelle**	**drei Stellen rausnehmen und nach 2021 verschieben**
3-371	**Wachleiter Süd und Bauprojekte**	**Stelle von 2019 nach 2020 verschieben**
4-42	**Hausmeister**	**Stelle rausnehmen**
5-53	**Integrationsbeauftragter**	**nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen**
6-633	**Baukontrolle**	**Stelle rausnehmen**
7-36	**Umweltschutz**	**eine Stelle 2020 rausnehmen und nach 2021 verschieben**
7-69	**Abfallwirtschaft**	**nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen**
7-6911	**Abfall operativ**	**Stelle rausnehmen**
8-24	**Schulhausmeister**	**drei Stellen komplett rausnehmen und zwei Stellen ab 2020 vorsehen**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Bürgermeister bei Enthaltung von FDP und mitterechts, dem Rat zu **empfehlen**, den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen.

Herr Krell bittet um gesonderte Abstimmung über Punkt 5 der Vorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt in getrennter Abstimmung über die Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die unter den Punkten 2 und 4 der Vorlage dargestellten Vorschläge werden beschlossen. Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

Herr Krell äußert die Ablehnung von Punkt 5 der Vorlage durch die FDP-Fraktion. Er vermisse ein langfristiges Personalkonzept mit Prioritäten. Die Stellenmehrungen konterkarierten die Konsolidierungsbemühungen, die der Kämmerer im Haushaltsbegleitbeschluss darstelle. Es erschließe sich ihm nicht, dass der Rat zunächst beschließen wolle, mehr als 60 neue Stellen einzurichten und danach in eine Aufgabenkritik, Organisationsanalyse und Aufstellung einer Digitalisierungsstrategie einzusteigen. Die Richtigkeit der diesbezüglichen GPA-Analyse zweifle er an. Es erschließe

sich ihm auch nicht, wie eine Stadt mit überdurchschnittlichem Einkommensteueraufkommen und gleichzeitig einem strukturellen Defizit von 25 Mio. bis 30 Mio. EUR im Jahr den Anspruch erheben könne, beste ihrer Klasse in der Stellenausstattung der Stadtverwaltung zu sein. Punktuellen Stellenmehrungen z.B. im Bereich öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur, Stadtplanung, Digitalisierung oder zentrale Vergabestelle könnte die FDP-Fraktion zustimmen. Dann müssten allerdings auch in anderen Bereichen Stellen wegfallen. Um Kritik an den Mitarbeitern der Verwaltung gehe es ihm dabei ausdrücklich nicht, sondern darum, endlich und unmittelbar in eine Aufgabenkritik, Organisations- und Ablaufanalyse einzusteigen.

Herr Urbach entgegnet, die GPA sei eine unabhängige Institution und habe ein eindeutiges Ergebnis ermittelt. Er persönlich mache sich Sorgen um die Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung. Die Kolleginnen und Kollegen seien mit ihren Kräften am Ende. Der einzige, der im Rat für die Durchführung einer flächendeckenden Organisationsuntersuchung gestimmt hätte, sei er selbst gewesen. Alle übrigen Mitglieder des Rates hätten diese nicht gewollt, und er habe eine Ahnung, warum: Nämlich weil dabei herausgekommen wäre, dass nicht 60, sondern eher 160 zusätzliche Stellen eingerichtet werden müssten. Jetzt der Verwaltung den Vorwurf zu machen, man würde nicht in die Analyse einsteigen, erachte er als nicht fair. Er empfehle Herrn Krell, sich mit den Beschäftigten der Verwaltung zu unterhalten. Tatsächlich sei die Stadt Bergisch Gladbach überdurchschnittlich aufgestellt im Bereich der Einnahmen aus Einkommensteuer, dafür umso schlechter betreffend die Gewerbesteuer. Die Stadt verfüge über einen Gewerbeflächenanteil von unter 3% der Gesamtfläche. Allein für Kinderbetreuung zahle die Stadt 22 Mio. EUR nach Abzug der Landeszuschüsse und Elternbeiträge pro Jahr und sei damit strukturell unterfinanziert.

Herr Waldschmidt ergänzt, die SPD-Fraktion habe sich eingehend mit den Stellungnahmen des Personalrates befasst, der sehr eindringlich von der Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichtet habe. 30.000 Krankheitstage und erheblicher Überstundenbestand sprächen für sich und der Rat sei verpflichtet, zu prüfen, wie dem abgeholfen werden könne und die SPD-Fraktion der Auffassung, dass dies durch die vorgeschlagenen Stellenmehrungen geschehen müsse, auch um den Bürgerinnen und Bürgern eine funktionsfähige Verwaltung zu erhalten.

Frau Holz-Schöttler fragt unter Verweis auf die Stellungnahme des Personalrates zur Gesundheitsförderung, ob die Verwaltung hierzu ein Konzept entwickelt habe.

Herr Möller antwortet, es gebe Bausteine zum Gesundheitsmanagement wie z.B. ein betriebliches Eingliederungsmanagement in der Stadtverwaltung, aber noch kein Konzept. Die Verwaltung habe hierfür in Anbetracht der Haushaltssituation nicht weitere zusätzliche Stellen vorschlagen wollen.

Frau Holz-Schöttler bittet darum, diese Maßnahmen darzustellen.

Herr Urbach entgegnet, dies werde wieder personellen Aufwand verursachen. Es gebe derzeit ca. 100 unbesetzte Stellen, was daran liege, dass zum Teil Schwierigkeiten bestünden, Personal zu gewinnen, dass zum anderen aber auch im FB 1 zu wenige Stellen vorhanden seien, um Stellenbesetzungsverfahren zeitnah durchzuführen.

Herrn Krell stellt sich die Frage, ob alle Aufgaben, die die Stadt wahrnehme, notwendiger Weise wahrzunehmen seien und ob es sinnvoll sei, wie die Aufgaben wahrgenommen würden. Der Beantwortung dieser Fragen würden CDU-Fraktion und SPD-Fraktion sich nicht stellen. Beispielhaft sei die Gremienarbeit nicht effizient; in den Gremien würden ständig Arbeitsaufträge an die Verwaltung erteilt, ohne den dadurch ausgelösten Aufwand zu hinterfragen. Er bitte die Verwaltung, dies bei der Bearbeitung von Prüfaufträgen immer geschätzt darzustellen.

Herr Urbach entgegnet, die Frage betreffend die Aufgabenkritik hätte im Rahmen einer Organisationsuntersuchung bearbeitet werden können. Bei der Bitte, den Aufwand für die Bearbeitung von Prüfaufträgen darzustellen, handele es sich um eine weitere zusätzliche Belastung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt unter Berücksichtigung der zusätzlichen 3,5 neuen Stellen für die Musikschule ab 2020 und unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages in getrennter Abstimmung über die Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei Enthaltung von mitterechts, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die unter Punkt 5 der Vorlage dargestellten Vorschläge werden unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen beschlossen:

Entsprechend dem Modell „70-30" der Ratsvorlage Nr. 0338/2018 werden betreffend die Musikschule zusätzliche neue 3,5 Stellen ab dem Jahr 2020 eingerichtet.

Orga-Einheit Stellen-Nr.	Bezeichnung	Maßnahme
VV II-2	Strategische Verkehrsplanung	eine Stelle von 2020 nach 2019 vorziehen, somit zwei Stellen in 2019
3-30	Zentrale Vergabestelle	drei Stellen rausnehmen und nach 2021 verschieben
3-371	Wachleiter Süd und Bauprojekte	Stelle von 2019 nach 2020 verschieben
4-42	Hausmeister	Stelle rausnehmen
5-53	Integrationsbeauftragter	nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen
6-633	Baukontrolle	Stelle rausnehmen
7-36	Umweltschutz	eine Stelle 2020 rausnehmen und nach 2021 verschieben
7-69	Abfallwirtschaft	nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen
7-6911	Abfall operativ	Stelle rausnehmen
8-24	Schulhausmeister	drei Stellen komplett rausnehmen und zwei Stellen ab 2020 vorsehen

6. Teilhaushalte 2018 in der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses

6.1 Haushalt 2019/2020 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130

0409/2018

Herr Klein zeigt sich verwundert darüber, warum die Verwaltung bis heute kein Marketingkonzept erstellt habe, wie es die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL schon vor Jahren vorgeschlagen hätte. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL könne dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei Enthaltung von mitterechts, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallenden Teilhaushalte – Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130 – werden beschlossen.

6.2 Haushalt 2019/2020 - Änderungsliste zum Teilhaushalt FB 3

0421/2018

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von FDP und mitterechts, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Teilhaushalt, der den Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung betrifft, wird beschlossen.

7. Gesamthaushalt 2019/2020

0523/2018

Herr Urbach erläutert, er werde die fünf Anträge – ehemals TOPe Ö 16.1 bis Ö 16.5 – und die als Tischvorlagen vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion nacheinander zur Abstimmung stellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von FDP und mitterechts, dem Rat zu empfehlen, der folgenden **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu der Vorlage Nr. 0483/2018 zu folgen:

Das Projekt „Initiative Vereinssport – Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger" wird im Schuljahr 2019/2020 nur umgesetzt, wenn sich Sponsoren finden, die die Finanzierung in Höhe von 12.000 EURO (2019/2020) übernehmen.

Herr Außendorf äußert die Ablehnung des gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Honorare der freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer" durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, da die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hierzu in dem von ihr eingebrachten Änderungsantrag einen konkreten Finanzierungsvorschlag unterbreitet habe, nämlich eine Finanzierung durch Streichung der Korridorleistung „Stadtmarketing", die sie für überflüssig halte.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat zu **empfehlen**, den folgenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Honorare der freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer" (Vorlage Nr. 0534/2018/1) zu beschließen:

Unter Würdigung der Stellungnahme der Verwaltung in der aktuellen Stellenplanvorlage wird hinsichtlich der vorgesehenen Honorarerhöhungen für die freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer beantragt, diese mit Wirkung zum 01.01.2019 beschlussgemäß mit dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung festzusetzen und die Auszahlung des Differenzbetrages zur bisherigen Honorarhöhe unmittelbar nach Vorliegen der Haushaltsgenehmigung zu veranlassen.

Frau Scheerer erläutert zu dem gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion „Jedem eine Chance geben - Bergisch Gladbach nutzt die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit!", es sei wünschenswert, solche Fördergelder abzurufen. In der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH sei allerdings ausgeführt worden, es müsse auch bei hohen Fördermöglichkeiten ein Eigenanteil in Höhe von 12% zuzüglich Personal etc. finanziert werden. Sie bittet um Auskunft, wie viel die Stadt Bergisch Gladbach selbst finanziell beitragen müsste.

Herr Dekker bestätigt die relative Höhe des Eigenanteils, dessen absolute Höhe erst bekannt sei, wenn man wisse, wie viele Stellen der GL Service gGmbH tatsächlich zugewiesen würden.

Herrn Krell erschließt sich der Antrag angesichts eines äußerst angespannten Arbeitsmarktes nicht. Unternehmen würden dringend Arbeitskräfte suchen und es sei ihm nicht ersichtlich, warum die Stadt Bergisch Gladbach 15 Stellen schaffen sollte, anstatt dies dem privaten Arbeitsmarkt zu überlassen, der die Fördergelder ebenfalls abrufen könnte.

Herr Zalfen antwortet, es handele sich um die Förderung einer Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, die von dem derzeitigen Arbeitsmarkt nicht profitieren würden.

Frau Holz-Schöttler ergänzt, private Arbeitgeber könnten ebenfalls an dem Förderprogramm teilnehmen. Die GL Service gGmbH ermögliche aber in besonderem Maße die notwendige fördernde

Begleitung der Langzeitarbeitslosen, um diesen Möglichkeiten des Wechsels in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Herr Außendorf entgegnet gegenüber den Ausführungen Herrn Krells, es gehe nicht um Fachkräfte, sondern um Langzeitarbeitslose. Der Antrag sei allerdings so formuliert, dass 15 Stellen unabhängig von Gewissheit über eine Gewährung von Fördermitteln geschaffen werden sollten. Es wäre sinnvoll, den Beschlussvorschlag unter einen Vorbehalt einer Förderzusage zu stellen.

Herr Urbach sagt zu, die Stellen würden nur besetzt, wenn die Fördermittel bewilligt würden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP, dem Rat zu **empfehlen**, den folgenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Jedem eine Chance geben - Bergisch Gladbach nutzt die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit!" (Vorlage Nr. 0531/2018/1) zu beschließen:

1. **Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt zügig die Fördergelder zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Stadt Bergisch Gladbach und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften im Rahmen des Teilhabechancengesetzes. Dazu wird der Haushalts- und Stellenplan in der Form beschlossen, dass zusätzlich 15 Stellen in Vollzeit im Jahr 2019 bei der Stadt und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften geschaffen werden.**
2. **Die Verwaltung soll darüber hinaus prüfen, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden.**

Frau Schundau führt zu dem gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion „Machbarkeitsstudie Cargo Cap" aus, sie habe gehört, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion lägen zu dieser Thematik mehr Informationen vor, als der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Bevor nicht alle Fraktionen den gleichen Informationsstand hätten, könne der Antrag nicht zur Abstimmung gestellt werden, weshalb sie Vertagung beantrage.

Herr Krell erläutert, nach seinem Kenntnisstand hätten lokale Unternehmen keinerlei Interesse an einer derartigen Einrichtung. Das Konzept werde seit Jahren diskutiert und wenn es gut wäre, wäre es dem Entwickler längst gelungen, venture capital dafür aufzubringen. Er sehe daher keine Rechtfertigung, städtische Mittel in der beantragten Höhe für eine Machbarkeitsstudie auszugeben.

Herr Flügge antwortet, das Projekt biete in Co-Finanzierung mit der Deutschen Umwelthilfe die Möglichkeit, das Verkehrsproblem Schwerlastverkehr lösen zu helfen. Er werte die Problemlage und die Voraussetzungen der Stadt Bergisch Gladbach hierfür als geeignet.

Herr Außendorf ergänzt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen, falls der Vertagungsantrag abgelehnt werde. Seit der ersten Einbringung der Thematik hätten sich zwei Dinge maßgeblich geändert. So erwähne der jetzt vorliegende Antrag ausdrücklich eine „Trasse über den Bahndamm", was bei der ersten Einbringung der Thematik entsprechend einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich offen gelassen werden sollte. Zudem sei damals nicht die Rede davon gewesen, dass die Stadt Bergisch Gladbach selbst Finanzmittel einbringen müsse, sondern im Gegenteil sei die Rede davon gewesen, dass Investoren „Schlange stünden und man nur den Startschuss geben müsse". Dies scheine nun nicht mehr der Fall zu sein, was ihn in seinen Bedenken verstärke, dass Logistikunternehmen kein Interesse daran hätten, LKW-Transportgut an einer Autobahnausfahrt auf ein alternatives Transportsystem umzuladen. Das Geld könnte zielführender in eine Studie angelegt werden, wie mehr Gütertransporte auf die vorhandene Schieneninfrastruktur verlegt werden könnten.

Herr Zalfen antwortet, er habe alle ihm vorliegenden Informationen an die Fraktionen weitergegeben. Die Finanzierung der Machbarkeitsstudie durch drei sehr angesehene beteiligte Institutionen werde in dem Antrag beschrieben. Cargo Cap selbst bringe erhebliche Investorenmittel ein. Die örtliche Industrie stehe dem Projekt aufgeschlossen gegenüber. Die Firma Krüger und die Firma G+H seien unterstützend bereit, Zahlen für die Studie zur Verfügung zu stellen. Ein Schwerpunkt

liege mittlerweile auch auf den großen Paketdiensten, die die Stadt Bergisch Gladbach gebeten hätten, ein Güterverteilzentrum an der A 4 einzurichten. Was den Fraktionen vielleicht noch nicht bekannt sei, wäre, dass es mittlerweile einen Ableger „Smart City Loop" gebe, mit dem bereits Gespräche geführt worden seien und der bereits in Aussicht gestellt habe, ebenfalls eine Machbarkeitsstudie mit einem etwas abweichenden Konzept auf eigene Kosten durchzuführen. Er erhoffe sich für Bergisch Gladbach, dass eine solche Anlage als Prestigeprojekt fast vollständig mit Fördermitteln finanziert werden könnte. Dies sei für später nachfolgende Kommunen nicht mehr zu erwarten.

Herr Krell entgegnet, wahres Interesse drücke sich immer in Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung aus. Offensichtlich seien aber weder die Firma Krüger, noch die Paketdienste bereit, sich finanziell an der Studie zu beteiligen. Die Technologie befinde sich seit über 15 Jahren in der Entwicklung und es sei dem Entwickler bisher nicht gelungen, genügend Mittel für die Durchführung einer Studie aufzubringen oder eine Teststrecke zu bauen. Es sei nicht Aufgabe der Stadt Bergisch Gladbach, in einer prekären Haushaltssituation eine solche Technologie zu fördern.

Herr Klein beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, die Finanzierung der Machbarkeitsstudie nicht aus städtischen Mitteln, sondern aus Mitteln beteiligungswilliger Unternehmen zu finanzieren bzw. – sollte dies nicht gelingen – die Machbarkeitsstudie nicht durchzuführen. Den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion werde die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL ablehnen, da das Projekt der Verkehrsproblematik nicht abhelfen könne.

Für den **Antrag** von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, **die Beschlussfassung über den Antrag „Machbarkeitsstudie Cargo Cap" zu vertagen**, stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts. Mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und Bürgermeister wird der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Für den **Antrag** von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, **die Verwaltung zu beauftragen, die Finanzierung der Machbarkeitsstudie nicht aus städtischen Mitteln, sondern aus Mitteln beteiligungswilliger Unternehmen zu finanzieren bzw. – sollte dies nicht gelingen – die Machbarkeitsstudie nicht durchzuführen**, stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Bei Enthaltung von mitterechts wird der Antrag mit den Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP und Bürgermeister mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts, dem Rat zu **empfehlen**, den folgenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Machbarkeitsstudie Cargo Cap" (Vorlage Nr. 0536/2018/1) zu beschließen:

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 31.250,00 EUR zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Gütertransportverbindung zwischen der A 4 und dem Zentrum von Bergisch Gladbach über den „Bahndamm" zur Verfügung.

Frau Schundau erläutert zu dem gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion „Essbares Bergisch Gladbach" es handele sich um eine „grüne" Idee, die nun erfreulicher Weise endlich zum Zuge komme. Es fehle allerdings an einem Konzept und sie bitte, ein solches darzustellen.

Herr Zalfen antwortet, es gebe bisher kein Konzept. Die Stadt werde die Umsetzung nicht leisten können, so dass sich Interessierte aus der Bevölkerung oder Vereine finden müssten, die das Projekt steuern und gemeinsam mit der Stadt geeignete Flächen sondieren. Der Antrag solle ein Signal des Rates an die Bürgerschaft sein, solche Projekte anbieten und unterstützen zu wollen. Diese Idee sei im Rahmen des Welternährungstages in einer Diskussion mit 55 Beteiligten entstanden, nachdem man sich einen Film zur Thematik „urban gardening" angesehen habe, wobei er selbst versprochen habe, die Idee weiter voranzutreiben.

Herr Klein weist darauf hin, in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses sei die Möglichkeit, Pflanztaschen in der Mauer der Schlossgalerie Bensberg anzulegen, von CDU-

Fraktion und SPD-Fraktion vollständig abgelehnt worden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe versucht, eine Auflockerung der Mauer einzubringen und er selbst habe eine grünere Gestaltung der Mauer angeregt. Er vermisse ein generelles Konzept zur Begrünung der Innenstadt. Der vorliegende Antrag sei schlecht vorbereitet und solle zurückgestellt werden, bis ein Konzept vorliege.

Herr Krell hat sich beim ersten Lesen des Antrages gefragt, ob es sich um eine vorkarnevalistische Einlage handele. Es fehle jedes Konzept und es werde kein Beitrag zur Welternährung geschaffen. Der Antrag sei ein typisches Beispiel für den Grundsatz „das Gegenteil von gut gemeint ist gut gemacht", produziere Bearbeitungsaufwand für die überlastete Verwaltung mit einem Anliegen, das nur Probleme schaffen werde. Derartiges werde anfänglich immer gut angenommen und nach einer gewissen Zeit ende die Begeisterung und werde die Stadtverwaltung mit den bestehenden Problemen zurückgelassen. Die FDP-Fraktion lehne den Antrag ab.

Herr Zalfen verweist auf das Beispiel der Stadt Andernach, die ein großes Projekt sogar gewinnbringend erfolgreich seit zehn Jahren praktiziere und darin viele Nachahmer gefunden habe.

Dies wird von Frau Schundau bestätigt. Sie erachte dennoch die Erstellung eines Konzeptes für notwendig und bitte die Antragsteller, sich darauf einzulassen.

Herr Jungbluth wertet den Antrag als positiv, bittet aber ebenfalls um Umformulierung dahingehend, dass die beantragtem Mittel zunächst nur in den Haushalt 2019/2020 eingestellt würden und danach erörtert werde, ob Erfolge eingetreten seien, die dann zu einer Fortführung der Finanzierung und in ein Konzept münden könnten.

Herr Urbach stellt dar, dass er zunächst den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Abstimmung stelle, den er wegen der finanziellen Bindung auch für die Folgejahre als weitergehender werte.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts, dem Rat zu **empfehlen**, den folgenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Essbares Bergisch Gladbach" (Vorlage Nr. 0535/2018) zu beschließen:

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 2.000,00 EUR zur Durchführung des Projektes „Essbares Bergisch Gladbach" in den Haushalt 2019 und für die Folgejahre ein.

Herr Urbach stellt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung:

1. **Es wird beantragt, die Parkraumbewirtschaftung für die Bediensteten der Stadt wie folgt zu ändern:**
   Nur für die städtischen Bediensteten, welche ein Jobticket vorweisen können, soll das Parken auf den städtischen Parkplätzen gebührenfrei sein. Der Pendlerverkehr macht einen großen Teil des Bergisch Gladbacher Verkehrsaufkommens aus. Hier ist die Stadt als Arbeitgeber gefordert, für ihre Mitarbeiter gezielt Anreize zu schaffen, auf den ÖPNV umzusteigen.
2. **Das kostenlose Parken in der Innenstadt an den Adventssamstagen wird abgeschafft, weil es verkehrspolitisch die falschen Signale setzt. Stattdessen sollten diejenigen unterstützt werden, die den ÖPNV nutzen.**
3. **Die Brötchentaste wird abgeschafft. Sie ist mit den Zielen des Mobilitätskonzeptes nicht vereinbar.**

Für den vorstehend wiedergegebenen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Bei Enthaltung der FDP wird der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach stellt den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Abstimmung und weist zuvor darauf hin, dass der Planungszeitraum des Doppelhaushaltes bis

2020 laufe, was bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden solle; dies wird von den Antragstellerinnen bestätigt:

Auf die im Entwurf enthaltene Erhöhung der Grundsteuer B wird im gesamten Planungszeitraum des Doppelhaushaltes (bis 2020) verzichtet.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und mitterechts, dem Rat zu **empfehlen**, den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt sodann unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen bei der Beratung der Teilhaushalte empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Der Einrichtung der Produktgruppe „Zanders-Gelände/Südliche Innenstadt" im städtischen Haushalt wird zugestimmt. Die bisher in verschiedenen Produktgruppen enthaltenen Erträge/Aufwendungen und Einzahlungen/Auszahlungen für Investitionen werden in der neuen Produktgruppe veranschlagt.**
2. **Die Haushaltssatzung für die Jahre 2019 und 2020 wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen beschlossen:**
   Produktbereich Sportförderung/Produktgruppe 08.495 (Sportstätten) Transferauswendungen 2020: 165.000 EUR
   Es ergeben sich die folgenden Änderung in diesem Produktbereich
   Transferaufwendungen 2019: + 150.000 EUR
   Transferaufwendungen 2020: - 165.000 EUR

   Die folgenden Anträge sind Bestandteil des Beschlusses:

   Das Projekt „Initiative Vereinssport – Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger" wird im Schuljahr 2019/2020 nur umgesetzt, wenn sich Sponsoren finden, die die Finanzierung in Höhe von 12.000 EURO (2019/2020) übernehmen.

   Unter Würdigung der Stellungnahme der Verwaltung in der aktuellen Stellenplanvorlage wird hinsichtlich der vorgesehenen Honorarerhöhungen für die freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer beantragt, diese mit Wirkung zum 01.01.2019 beschlussgemäß mit dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung festzusetzen und die Auszahlung des Differenzbetrages zur bisherigen Honorarhöhe unmittelbar nach Vorliegen der Haushaltsgenehmigung zu veranlassen.

   Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt zügig die Fördergelder zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Stadt Bergisch Gladbach und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften im Rahmen des Teilhabechancengesetzes. Dazu wird der Haushalts- und Stellenplan in der Form beschlossen, dass zusätzlich 15 Stellen in Vollzeit im Jahr 2019 bei der Stadt und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften geschaffen werden.
   Die Verwaltung soll darüber hinaus prüfen, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden.

   Der Rat stellt Mittel in Höhe von 31.250,00 EUR zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Gütertransportverbindung zwischen der A 4 und dem Zentrum von Bergisch Gladbach über den „Bahndamm" zur Verfügung.

   Der Rat stellt Mittel in Höhe von 2.000,00 EUR zur Durchführung des Projektes „Essbares Bergisch Gladbach" in den Haushalt 2019 und für die Folgejahre ein.

Auf die im Entwurf enthaltene Erhöhung der Grundsteuer B wird im gesamten Planungszeitraum des Doppelhaushaltes (bis 2020) verzichtet.

8. Haushaltsbegleitbeschluss

0504/2018

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Zur nachhaltigen Sicherung des Haushaltsausgleichs über das Jahr 2023 hinaus wird die Verwaltung wie folgt beauftragt:

1. **Erstellung einer flächendeckenden produktbezogenen Darstellung aller rechtlich möglichen Konsolidierungsmaßnahmen, verbunden mit einer fachlichen Bewertung der Folgen dieser Maßnahmen**
2. **Ermittlung der durch Verwaltungsstrukturreform und durch Beteiligungsstrukturreform erzielbaren Konsolidierungspotentiale**
3. **Ermittlung der durch Digitalisierung erzielbaren Konsolidierungspotentiale**
4. **Entwicklung eines partizipativen Prozesses zur Einbeziehung der Bürgerschaft in die Überlegungen zu Punkt 1**

Über die Ergebnisse ist in den zuständigen Gremien zu berichten und politisch zu entscheiden.

9. Jahresabschluss 2017 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

0389/2018

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister Herr Lutz Urbach als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung

1. **den Jahresabschluss 2017 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen. In der Bilanz zum 31.12.2017 werden Aktiva und Passiva mit 123.048.837,08 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2017 mit 5.144.978,49 EUR festgestellt.**
2. **den Lagebericht 2017 festzustellen.**
3. **den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 5.144.978,49 EUR dem Gewinnvortrag zuzuführen.**
4. **den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

10. Jahresabschluss 2017 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

0517/2018

Herr Waldschmidt fragt, wann dem Rat der Jahresabschluss für das Jahr 2018 und der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) vorgelegt würden.

Herr Schäfer antwortet, die Verzögerung sei darin begründet, dass im Jahr 2017 eine neue Finanzsoftware eingeführt worden sei. Im Zuge dessen sei es zu Verzögerungen gekommen. Dieser Einmaleffekt betreffe sowohl den Kernhaushalt, als auch die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die EBGL. Alle Beteiligten seien optimistisch, dass die Abschlüsse für das Jahr 2018 deutlich früher eingebracht werden könnten.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang fest und entlastete die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl für das Geschäftsjahr 2017. Die Beschlüsse erfolgten vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gemäß § 113 (1) GO NRW gebilligt:

1. **In der Bilanz zum 31.12.2017 werden Aktiva und Passiva mit 13.449.743,36 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2017 mit 142.053,88 EUR festgestellt.**
2. **Der Lagebericht 2017 wird festgestellt.**
3. **Der Jahresüberschuss 2017 wird in Höhe von 142.053,88 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.**
4. **Die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl werden für das Geschäftsjahr 2017 entlastet.**

11. Wirtschaftsplan 2018 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

0447/2018

Herr Krell fragt unter Bezugnahme auf die Antwort Herrn Schäfers bei der Beratung des vorhergehenden Tagesordnungspunktes, ihm erschließe sich noch immer nicht, warum der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 der EBGL erst im Dezember 2018 vorgelegt werde und auf welcher Basis die EBGL im laufenden bisher ihre Geschäfte geführt habe.

Herr Urbach verweist auf eine Beantwortung in der Sitzung des Rates am 18.12.2018.

Im Haupt- und Finanzausschuss besteht Einvernehmen, dem Rat keine Beschlussempfehlung zu dem Beschlussvorschlag der Vorlage zu geben.

12. Wirtschaftsplan 2019 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

0465/2018

Herr Krell erläutert, die Gesellschaft habe keine Daseinsberechtigung und er vermisse noch immer einen Plan zu ihrer Auflösung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei Enthaltung von mitterechts, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt, als städtischer Gesellschaftervertreter in der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB) den Wirtschaftsplan 2019 nach § 13 (1) Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

13. Beendigung der mobilen Bürgerdienste durch das Bürgerbüro der Stadt Bergisch Gladbach

0387/2018

Herr Henkel beantragt, der Haupt- und Finanzausschuss möge die Verwaltung beauftragen, zu prüfen, ob es auf Grund des großen Bedarfes in Refrath und Bensberg alternative Standorte für die mobilen Bürgerdienste in diesen Stadtteilen gebe. Die Besuchszahlen in Refrath und Bensberg seien vergleichsweise hoch, und dieser Bedarf sollte auch zur Entlastung der Stadtmitte erfüllt werden.

Herr Außendorf ergänzt den Antrag dahingehend, dass auch die Stadtteilbibliotheken als Kooperationsstandorte untersucht werden sollten.

Herr Urbach weist darauf hin, es gebe eine Stadtteilbibliothek in Bensberg, aber nicht in Refrath.

Herr Krell spricht sich aus Gründen der Konsolidierung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, was auch für die FDP-Fraktion kein leichter Schritt sei. Aus seiner Sicht wären die Einsparungen wesentlich größer (ca. 40.000 EUR p.a.), als in der Wirtschaftlichkeitsrechnung der Verwaltung (ca. 10.000 EUR p.a.) dargestellt.

Herr Urbach weist darauf hin, dass die bisher in Refrath genutzten Räumlichkeiten ab dem 01.01.2019 nicht mehr zur Verfügung stünden. Er habe Hinweise aus der Bürgerschaft erhalten, dass in Refrath vielleicht derzeit leer stehende Ladenlokale oder andere Kooperationspartner für eine Unterbringung in Frage kommen könnten. Daher solle in den Beschluss auch einfließen, dass der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis nehme, dass in Refrath keine Alternative bestehe, als zum 01.01.2019 zu schließen und dass die Verwaltung sich bemühen werde, das Angebot in Bensberg zunächst aufrecht zu erhalten. Bei der Suche nach Alternativen sei fraglich, ob es der Verwaltung gelinge, mietkostenlose Räume zu finden.

Herr Widdenhöfer ergänzt, die der Verwaltung durch die Kreissparkasse kostenfrei zur Verfügung gestellten Räume in Refrath seien gegenüber der Verwaltung zum 31.12.2018 gekündigt worden, da die Filiale der Kreissparkasse in Refrath auf Grund der anstehenden Integration der Zweigstelle Lustheide Raumbedarf habe. Er habe wahrgenommen, dass auch die Bensberger Bank erleichtert wäre, wenn ihre Räumlichkeiten in absehbarer Zeit nicht mehr genutzt würden. Die Verwaltung sondiere mögliche alternative Standorte in beiden Stadtteilen; es sei aber fraglich, ob neue Räume zu einem angemessenen Preis angemietet werden könnten.

Herr Urbach fragt, ob sich der Haupt- und Finanzausschuss darauf verständigen könne, die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Hierzu wird kein Widerspruch geäußert.

Herr Dr. Metten bittet darum, auch eine mögliche Unterbringung in den Räumen der Bezirksdienststelle der Polizei in Refrath zu prüfen, eine Vorlage in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzubringen und auch die Abläufe im Bürgerbüro Stadtmitte zu untersuchen, die sich nach seiner Einschätzung in Richtung erheblich höherer Wartezeiten verändert hätten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass gerade ältere Menschen, die weniger an der fortschreitenden Digitalisierung teilnähmen und weniger mobil seien, zumindest in den beiden großen Stadtteilen Refrath und Bensberg die Möglichkeit haben müssten, ihre Geschäfte mit der Verwaltung zu erledigen.

Herr Urbach ergänzt, in die Abwägungen werde auch einbezogen, dass die Direktwahlbüros in städtischen Räumlichkeiten, wie z.B. von der Stadt angemieteten Ladenlokalen, untergebracht werden müssten.

Herr Klein erläutert, in Refrath könnte auch eine Unterbringung im Vorraum der Turnhalle am Kahnweiher sondiert werden. Dort seien auch Parkplätze vorhanden. Zudem gebe es aus seiner Sicht schon jetzt technisch bessere, als die derzeit genutzten Lösungen für die mobilen Bürgerbüros.

Herr Orth weist darauf hin, dass die mobilen Bürgerbüros im Vergleich mit anderen Städten gleicher Größenordnung relativ wenig genutzt würden. Die Verwaltung solle im Zuge der Bewertung der Frage der Zumutbarkeit auch untersuchen, welche Bevölkerungsgruppen die Bürgerbüros in Refrath und Bensberg in Anspruch nähmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten **Beschluss**:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob es in Refrath und Bensberg alternative Standorte gibt, die für eine Unterbringung der mobilen Bürgerdienste des Bürgerbüros der Stadt Bergisch Gladbach in Frage kommen. Dabei soll auch die Stadtteilbibliothek Bensberg als Kooperationsstandort in Betracht gezogen werden. Zudem nimmt der Haupt- und Finanzausschuss den Beschlussvorschlag der Verwaltung und die im Rahmen der Aussprache getroffenen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Antrag des Jugendamtselternbeirats auf Bereitstellung eines Budgets
0490/2018

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag des Jugendamtselternbeirats auf die Bereitstellung eines Budgets wird zur Beratung und Beschlussempfehlung eingebracht.

15. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten
0455/2018

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" werden entsprechend den Ausführungen in der Vorlage ergänzt/geändert. Die Richtlinienergänzung/-änderung tritt zum 01.08.2019 in Kraft.

16. Anträge der Fraktionen

16.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 10.09.2018 Initiative Vereinssport - Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger
0483/2018

und

16.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Honorare der freiberuflichen Musikschullehrerinnen und –lehrer"
0534/2018 und 0534/2018/1

und

16.3 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Jedem eine Chance geben - Bergisch Gladbach nutzt die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit!"
0531/2018 und 0531/2018/1

und

16.4 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Machbarkeitsstudie Cargo Cap"
0536/2018 und 0536/2018/1

und

16.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Essbares Bergisch Gladbach"
0535/2018

Die Vorlagen wurden unter TOP Ö 7 – Gesamthaushalt 2019/2020 – beraten.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine schriftlichen und mündlichen Anfragen der Ausschussmitglieder für den öffentlichen Teil der Sitzung vor, der von Herrn Urbach um 18:35 Uhr geschlossen wird.